

Generalstreik in Griechenland: Frust trotz Wirtschaftswachstum wächst!

Gewerkschaften in Griechenland rufen zu einem Generalstreik auf, um gegen Prekarität und Wohnungsnot zu protestieren.

Athen, Griechenland - Am Mittwoch, dem 8. April 2025, rufen die Gewerkschaften GSEE und ADEDY zu einem Generalstreik in Griechenland auf. Dieser Streik unterbricht den Betrieb öffentlicher Verkehrsmittel, Fährschiffe und Wochenmärkte, was für viele Bürger große Einschränkungen mit sich bringt. Die Protestkundgebungen, die in Athen sowie in anderen Städten stattfinden, richten sich gegen die wachsende Wohnungsnot und fordern höhere Löhne und Gehälter. Bei den Demonstrationen fordert die Beamten-gewerkschaft die Wiedereinführung des 13. und 14. Monatsgehalts für den öffentlichen Dienst – Vergünstigungen, die während der Finanzkrise auf Druck internationaler Geldgeber abgeschafft wurden.

Obwohl Griechenland in den letzten zwei Jahren wirtschaftliche Erfolge verzeichnen konnte und die Wirtschaft schneller als der Euro-Zonen-Durchschnitt wuchs, bleibt die Unzufriedenheit in der Bevölkerung hoch. Laut einer Umfrage spüren 54,5 Prozent der Befragten keinen wirtschaftlichen Aufschwung.

Premierminister Kyriakos Mitsotakis sieht keinen Spielraum für eine Wiederherstellung des 13. und 14. Monatsgehalts, um die Staatsfinanzen nicht zu gefährden. Dies geschieht trotz des Haushaltsüberschusses von 2024 und dem Versprechen, dass das Durchschnittseinkommen bis Sommer 2027 auf 1500 Euro brutto steigen soll. Doch in der aktuellen Situation ist die Kaufkraft des durchschnittlichen Haushalts in Griechenland

lediglich auf 70 Prozent des EU-Durchschnitts gesunken.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und EU-Unterstützung

Die Sorge um die wachsende Unzufriedenheit könnte die politische Stabilität Griechenlands gefährden. Das Land erhielt während der wirtschaftlichen Krise Rettungskredite von fast 290 Milliarden Euro und hat in den letzten vier Jahren die Arbeitslosigkeit von 17,5 Prozent auf unter 10 Prozent gesenkt. Griechenland profitiert zudem vom Europäischen Aufbauplan, der die Bekämpfung der Klimakrise, die Modernisierung öffentlicher Infrastruktur und soziale Projekte priorisiert. Ein zentrales Ziel der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) ist es, ein grüneres, besser vernetztes und widerstandsfähigeres Europa zu schaffen.

Für Griechenland sind insgesamt 35,9 Milliarden Euro in Form von Zuschüssen und Darlehen aus der ARF vorgesehen. Bisher wurden mehr als ein Drittel dieser Mittel ausgezahlt, wobei ein erheblicher Teil für klimarelevante Projekte sowie die Modernisierung der Gesundheitsinfrastruktur verwendet wird, wie beispielsweise die Renovierungen im Metaxa-Krankenhaus in Athen. Die Abrufquote der ARF-Mittel in Griechenland beträgt fast 50 Prozent, und es gibt ein Audit-System zur Überwachung der Mittelverwendung.

Gesellschaftlicher Widerstand und Ausblick

Der widerstrebende gesellschaftliche Zusammenhalt wird nicht nur durch wirtschaftliche Herausforderungen belastet, sondern auch durch die Rolle radikaler Gewerkschaften. Kritiker argumentieren, dass diese Gewerkschaften, durch aggressive Streikaktionen und Forderungen, das Land immer wieder in eine wirtschaftliche Schieflage bringen. „Radikale Gewerkschaften wirtschaften das Land kaputt“, heißt es in einem Kommentar, der die gegenwärtige Konfliktsituation in Griechenland kritisch

beleuchtet. Die politische Landschaft hat sich verschoben, wie die Wahlumfragen zeigen, in denen die Regierungspartei Nea Dimokratia von 41 Prozent im Sommer 2023 auf nur noch 23 Prozent gefallen ist.

Während manche Bürger positive Effekte des wirtschaftlichen Wachstums erkennen, bleibt die Unzufriedenheit hoch, insbesondere unter jenen, die sich von den Reformerfolgen ausgeschlossen fühlen. Der anhaltende Druck der Gewerkschaften könnte die Regierung Mitsotakis herausfordern, während sie versucht, den Spagat zwischen Fortschritt und sozialen Erwartungen zu meistern. Die Veränderungen und Herausforderungen, die Griechenland bevorstehen, sind komplex und verlangen eine differenzierte Herangehensweise, um die verschiedenen Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung zu berücksichtigen.

Für weitere Informationen zu den Ereignissen und der wirtschaftlichen Lage in Griechenland, siehe **Rems Zeitung**, **Euronews** und **Spiegel**.

Details	
Vorfall	Protest
Ort	Athen, Griechenland
Quellen	• www.remszeitung.de • de.euronews.com • www.spiegel.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de